

Wir fordern:

Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!

Als Ergebnis zweier verheerender Weltkriege gab es bislang in Europa eine starke Ablehnung gegenüber Krieg und Rüstung. „Größer, schneller, mehr“ lauten die Rufe heute. Selbst über eine EU-Atombombe wird diskutiert. Wir aber wollen nicht „kriegstüchtig“ werden, sondern fordern Friedensfähigkeit. Um das Sterben zu beenden, muss sich die EU unverzüglich für einen sofortigen Waffenstillstand einsetzen. Wir brauchen Friedensverhandlungen, jetzt!

Die EU darf keine Militärunion werden!

Die Linke steht seit ihrer Gründung für gewaltfreie Lösungen und das Mittel der Diplomatie.

Wir fordern einen Stopp aller Waffenexporte insbesondere in Kriegs- und Krisengebiete, wie es auch die rechtsverbindlichen Europäischen Rüstungsexportrichtlinien verlangen.

Wir fordern eine Sicherheitsarchitektur im Rahmen der OSZE als zentralen Bestandteil europäischer, kollektiver Sicherheit.

Abrüstung und Deeskalation!

Wir fordern einen Aufrüstungstopp und keine Auslandseinsätze. Gegenseitige und kollektive Sicherheit und Garantien auch durch verifizierbare Abrüstungsabkommen – zu nuklearen und konventionellen Waffen.



Özlem Alev Demirel

- Mitglied im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten (AFET)
- Mitglied im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE)
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und Soziales (EMPL)
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE)
- Mitglied in der Delegation EU-Türkei
- Stellv. Mitglied in der Delegation EU-Iran

Impressum:
Özlem Alev Demirel, Europäisches Parlament,
ASP 08H153, Rue Wiertz 60, 1047 Brüssel

✉ oezlem.demirel@europarl.europa.eu

📷 @oezlemalevdemirel ✉ @OezlemADemirel
🎵 @oezlem.demirel.mep 📘 @oezlemalevdemirel
📍 @oezlemdemirel



oezlem-alev-demirel.de

Druck: Basis-Druck GmbH, Duisburg, 1. Auflage, 1.500 Exemplare,
Oktober 2024, Klimaneutraler Druck

Friedens- fähig werden!

„Die Dividenden
steigen, und die
Proletarier fallen.“

Rosa Luxemburg
während des I. Weltkriegs



GUE/NGL
THE LEFT
IN THE
EUROPEAN
PARLIAMENT

Die Linke
Im Europaparlament

Bereits am 15. September 2021, also vor dem Ukraine-Krieg, erklärte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die Welt trete „in eine neue Ära verstärkter Konkurrenz ein“, man befinde sich in einer **„Ära regionaler Rivalitäten und großer Mächte, die ihr Verhältnis zueinander neu austarieren“**. Um hier bestehen zu können, brauche es eine „Europäische Verteidigungsunion“, so von der Leyen. Dazu gehören aus ihrer Sicht nicht nur europäische Interventionskräfte, sondern vor allem auch der „politische Wille“, diese auch einzusetzen.

Krieg wird abgekürzt: EVF, EDIDP, EDIR-PA, PESCO, EDIS, EFF

Hinter den zahlreichen Abkürzungen verstecken sich EU-Rüstungsprogramme in Höhe von über 40 Milliarden Euro, die allein in den letzten fünf Jahren auf EU-Ebene, zusätzlich zu den nationalen Verteidigungshaushalten, beschlossen wurden. Dabei verstoßen all diese Budgets gegen den EU-Vertrag, der in Artikel 42.1 eindeutig verbietet, dass Maßnahmen mit militärischem Verwendungszweck aus dem EU-Haushalt finanziert werden.

Dieses Verbot wird mit Trickserei umgangen, indem Milliarden für die Rüstungsschmieden als EU-Industriepolitik deklariert oder als Schattenhaushalt, wie die „Friedensfazilität“ (EFF) einfach aus dem regulären EU-Haushalt ausgelagert werden.

Die Kriegskasse, die gerade alle EU-Waffenlieferungen an die Ukraine finanziert, ausgerechnet Friedensfazilität zu nennen, ist dazu noch zynisch. Finanziert wird Krieg, nicht Frieden. Währenddessen sind 95 Millionen Menschen in der EU arm, jedes vierte Kind von Armut bedroht und mehr als 700 000 Menschen obdachlos. Die anhaltende Inflation betrifft zudem weite Bevölkerungsschichten, die berechtigterweise Sorge um ihre wirtschaftliche Zukunft haben. Wo massiv ins Militärische investiert wird, bleibt Soziales auf der Strecke. **„Löhne rauf, Waffen runter!“** ist daher eine wichtige Forderung.

Frieden verhandeln!

Seit dem völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine gab es keine einzige diplomatische Initiative aus der EU, um diesen Krieg zu beenden.

Stattdessen wurden Schritt für Schritt nicht nur bei Waffenlieferungen Tabus gebrochen und erklärte rote Linien überschritten, sogar international geächtete Streumunition wurde geliefert. Dabei verlängert jede weitere Waffenlieferung den Krieg in der Ukraine und birgt die Gefahr der Ausweitung des Krieges. Bereits jetzt werden ukrainische Truppen in großem Umfang von der EU ausgebildet. Einige EU-Länder schließen inzwischen eigene Bodentruppen nicht mehr aus. Das wäre der offizielle Eintritt in den III. Weltkrieg. Das müssen wir verhindern!

Der Stellungskrieg in der Ukraine kostet nicht nur Tausende das Leben, er zerstört Existenzen und verwüstet das Land jeden Tag mehr, sondern wird auch massiv für den Aufbau der EU-Militärunion ausgeschlachtet. Viele europäische Regierungen und ganz vorn Frau von der Leyen benutzen die Verunsicherung und Angst, die wir alle vor Krieg haben, um der Waffenindustrie noch mehr Steuergelder in den Rachen zu werfen während Beschäftigten, Studierenden, Landwirt:innen, Rentner:innen und vielen anderen das Wasser bis zum Hals steht.

Warum das Ganze?

Immer wieder wird gesagt, dass die Ukraine „unsere“, Freiheit und westlichen Werte verteidigte so wie Deutschland zuvor am Hindukusch, in Afghanistan. Dabei ist Krieg und Militarismus das Gegenteil von Freiheit und erstrebenswerten Werten.

In den Brüsseler Chefetagen herrscht tatsächlich die Meinung, dass die EU militärische Großmacht werden muss, um zukünftig wirtschaftlich und geopolitisch mit USA und China konkurrieren zu können. Das widerspricht der Idee einer Union, die den Friedensnobelpreis bekommen hat, diametral. Außerdem dient es in keiner Weise den Menschen, die in der EU leben. Es geht um einen robusten Wettkampf großer Mächte um die Neuaufteilung der Welt.

Wir alle sehnen uns nach Sicherheit. Doch Krieg und Aufrüstung sind das Gegenteil von Sicherheit und Freiheit. Wenn wir verhindern wollen, dass Europa ein Kontinent des Hochrüstens, Säbelrasselns und der permanenten Kriegsgefahr wird, dann brauchen wir eine starke Bewegung gegen Krieg und Aufrüstung - hier und weltweit.

